

FUSIONSFORSCHUNG

Kerne gegen Kühe

Klare Angaben darüber, wie die Mehrkosten für den internationalen Fusionsreaktor „Iter“ in Südfrankreich finanziert werden sollen, verlangt die Bundesregierung von der EU-Kommission. Die Brüsseler Kommission habe noch nicht dargelegt, wie sie zusätzliche Ausgaben von 1,4 Milliarden Euro allein in den Jahren 2012 und 2013 aufbringen wolle, ohne anderen wichtigen Vorhaben zu schaden, heißt es in Regierungskreisen. Vergangene Woche hatte das internationale Iter-Konsortium akzeptiert, dass sich das Kernfusionsprojekt erheblich verteuert. Allein auf die EU kommen bis 2019 zusätzliche Ausgaben von insgesamt 3,9 Milliarden Euro zu. Die Kommission hat nun vorgeschlagen, für die Jahre 2012 und 2013 rund 460 Millio-

nen Euro bei der Forschungsförderung in anderen Bereichen und 400 Millionen Euro bei der Landwirtschaft zu kürzen. Für eine Summe von 540 Millionen Euro bleibt die Finanzierung dagegen offen. „Dieser Plan ist nicht hinreichend“, heißt es in der Bundesregierung. Allerdings gibt es innerhalb der Berliner Regierung einen Interessenkonflikt: Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) möchte Kürzungen aus dem Agrarhaushalt verhindern, Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) will das EU-Förderprogramm für Spitzenforscher von jeglicher Reduzierung ausnehmen. Mit dem Iter-Projekt wollen Wissenschaftler die Fusionsenergie, ähnlich wie sie auf der Sonne entsteht, auf der Erde zur Energiegewinnung einsetzen.

DIPLOMATEN

Berlin will EU-Posten in China und Brasilien

Die Personalpolitik von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sorgt für Unruhe im eigenen Haus. Westerwelle hat zwei Kandidaten für wichtige Posten im neugeschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienst benannt. Der derzeitige Planungschef Markus Ederer ist als Botschafter der EU in China nominiert worden und hat gute Chancen, den Zuschlag zu bekommen. Als Nachfolger für Ederer, der schon unter Westerwelles Vorgänger Frank-Walter Steinmeier als Planungschef diente, wird in Diplomatentreisen mit dem ehemaligen FDP-Sprecher Robert von Rimscha gerechnet. Der Westerwelle-Vertraute war gleich nach dem Regierungswechsel bereits als Planungschef gehandelt

worden. Der Lateinamerika-Kenner Peter Scholz soll nach dem Willen Berlins Vertreter der EU in Brasilien werden. Die Nominierung sorgt für Irritationen, weil Scholz erst im Juli nach einjährigem Sprachkurs als deutscher Botschafter nach Finnland entsandt worden ist. Interne Kritik hat auch Westerwelles Entscheidung ausgelöst, die ehemalige BP-Managerin Anne Ruth Herkes als Botschafterin ins öl- und gasreiche Golfemirat Katar zu schicken. Herkes, die als FDP-nah gilt, hatte bis 2006 im Auswärtigen Dienst gearbeitet, war dann aber ausgeschieden. Der Personalrat mokierte sich in seinem internen Rechenschaftsbericht über „neue Formen der Kooperation“ mit der Energiewirtschaft.

LINKE

Probleme für Ernst

In der Affäre um die mutmaßlich falsche Abrechnung von Flügen zu Aufsichtsratsreffen und IG-Metall-Sitzungen gerät Linken-Chef Klaus Ernst weiter unter Druck. Zwei Bundestagsabgeordnete mit Aufsichtsratsmandaten legen offen, dass sie ähnliche Reisen anders handhaben. Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) ließ dem SPIEGEL mitteilen: Er buche über die Verwaltung des Deutschen Bundestags ausschließlich Flüge, die „direkt“ mit der Mandatsausübung zusammenhängen. Alle anderen Flüge, etwa zu Aufsichtsratsitzungen, bezahle er „privat“ und erhalte sie gegebenenfalls von der entsprechenden Organisation zurück. Auch Ex-Minister Michael Glos (CSU) teilte auf Anfrage mit: „Die Kosten für Flüge, die nur der Wahrnehmung von Tätigkeiten neben dem Mandat dienen, übernimmt der jeweilige Auftraggeber.“ Ernst hatte gegenüber dem SPIEGEL (21/2010) die Abrechnung solcher Flüge beim Bundestag ausdrücklich gerechtfertigt. In den genannten Gremien wirke er „nicht nur als Gewerkschafter, sondern ebenfalls als Bundestagabgeordneter“. Daran ändere auch eine Vergütung nichts. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ernst wegen des Verdachts der Untreue und des Betrugs. Wegen seines Finanzgebarens wurde der Linken-Chef inzwischen zum Rücktritt aufgefordert. Parteifreunde warfen ihm „Raffgier“ vor. Ernst erhält neben seinen Diäten eine Zulage von rund 1900 Euro aus der Fraktionskasse und ein Extragehalt als Parteivorsitzender (3500 Euro), außerdem kassierte er als Aufsichtsrat nach eigener Angabe aus dem Jahr 2006 jährlich insgesamt 14 500 Euro.



ADRIAN BRADSHAW / PICTURE-ALLIANCE / DPA